



Knittelfelder

NACHRICHTEN

Zugestellt durch post.at

Nummer 275
Oktober 2022

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Hohe Energiekosten
- 0 Kein Teuerungsbonus
- 0 Nachtragsvoranschlag
- 0 Pflegepetition

LKH Knittelfeld: Verschlechterungen dürfen nicht hingenommen werden!

Die Hiobsbotschaften aus dem LKH-Knittelfeld reißen nicht ab. Zuerst haben ÄrztInnen in einem Brief an die KAGes gewarnt, dass die Normalversorgung zusammenbrechen könnte. Eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – könnte unumgänglich werden. Nun wurden 62 der 122 Betten und eine ganze medizinische Abteilung geschlossen.



Die Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser Judenburg, Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als „zukunftsweisendes Projekt“ verkauft. Nun wurde in Knittelfeld mehr als die Hälfte der Betten gesperrt. Die interne medizinische Abteilung auf der Stolzalpe wurde zuvor schon geschlossen.

Nun wurde in Knittelfeld mehr als die Hälfte der Betten gesperrt. Die interne medizinische Abteilung auf der Stolzalpe wurde zuvor schon geschlossen.

Bürgermeister Harald Bergmann hat mit Vertretern der KAGes zu einem „Krisengipfel“ eingeladen (zu dem die KPÖ nicht eingeladen war). Laut Medienberichten soll die internistische Ambulanz weiterhin rund um die Uhr geöffnet sein. Im Gegenzug könnten Spezialambulanzen aus Knittelfeld abgezogen werden. Es werde intensiv nach Personal gesucht. Solche Treffen sollen nun zweimal im Jahr stattfinden.

Die KPÖ hat vorgeschlagen der Gemeinderat solle in einer Resolution an das Land Standortgarantien für das LKH einfordern. Die nebenstehenden wichtigen Forderungen wurden einstimmig beschlossen.

Der Knittelfelder Gemeinderat hat einstimmig folgende Forderungen an das Land beschlossen:

1. Dauerhafter Erhalt der Abteilung innere Medizin inkl. ambulanter Versorgung am LKH Knittelfeld.
2. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um den Personalengpass zu verringern, den akuten Versorgungsengpass zu beseitigen und die Abteilung innere Medizin wieder auf die zuvor vorhandene und auch notwendige Bettenanzahl aufzustocken.
3. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen die zur Schaffung eines besseren Betriebsklimas und somit zu besseren Arbeitsbedingungen für alle MitarbeiterInnen führen.
4. Durchführung einer anonymen, unabhängigen Bedienstetenbefragung. Ziel dieser Befragung soll es sein, ohne arbeitsrechtlichen Druck Missstände identifizieren und Lösungsvorschläge/Ideen der direkt Betroffenen zu generieren.
5. Erarbeitung von Lösungen, die dem LKH und den MitarbeiterInnen eine Zukunftsperspektive geben. Unbedingt in die Überlegungen einfließen sollten neue, zukunftsträchtige Abteilungen wie zB. eine Geriatrie- oder Demenzabteilung deren Notwendigkeit ständig wächst und die dem LKH Knittelfeld die notwendige Zukunftsperspektive geben können.
6. Einarbeitung des langfristigen Erhalts des LKH Knittelfeld in den neuen steirischen regionalen Strukturplan Gesundheit.

Fortsetzung ➔

PREISE RUNTER, LÖHNE RAUF!

MIT DEM BUS ZUR DEMO!

Gratis!

DEMONSTRATION
Freitag, 14. Oktober
16 Uhr - Graz Hauptbahnhof

Anmeldung:
03512/82240
oder per Mail an
bus@kpoe-steiermark.at

Fortsetzung ➔

Diese Bettenschließung ist eine sehr gefährliche Entwicklung für Knittelfeld. Es gibt den Gesundheitsplan der ÖVP/SPÖ-Landesregierung und der sieht bis 2035 nur jeweils ein Leitspital in den einzelnen Regionen und weitere Bettenreduzierungen vor. Außerdem gibt es die EU-Vorgaben zur Deckelung der Gesundheitsausgaben, die auch die österreichische Regierung umgesetzt hat. Die Gesundheitsversorgung wurde in den letzten Jahren bereits massiv ausgedünnt.

Ärzte- und Personalmangel ist ein Versagen der Politik

Der Personal- und Ärztemangel ist nun der perfekte Vorwand um schon lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die dringenden Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen Jahren. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.

Der vollständige Erhalt des LKH Knittelfeld ist wichtig für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region - von Murau bis St. Lorenzen. Je zentraler die Spitäler desto länger die Anfahrtswege und die Belastungen für die Bevölkerung.

Knittelfeld hat bereits viel verloren

Es geht aber auch um den Stellenwert der Stadt

Woher kommt der Druck im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.



Das ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Bund und Länder haben beschlossen, dass ein „Deckel“ für die Gesundheitsausgaben

eingezogen wird um die Ausgaben zu senken. Hinter diesem Vorhaben stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinische Versorgung.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Mit dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben umgesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung, sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

Knittelfeld. Den Verlust der Bezirkshauptstadt, des Bezirksgerichtes, der Handelsschule, der Arbeiterkammer oder der Wirtschaftskammer haben Spuren hinterlassen. Dabei erhebt diese Liste der Abwanderungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Aus Corona nichts gelernt?

Die Corona Pandemie hat gezeigt wie wichtig jedes einzelne Spitalsbett ist. MedizinerInnen betonen, dass es in Österreich relativ wenige Corona-Tote gegeben hat weil wir im internationalen Vergleich bei den Spitalsbetten noch besser aufgestellt sind. So eine Krise kann jederzeit wieder kommen. Außerdem gibt es in unserer Region zahlreiche Großveranstaltungen bei denen größere Unfälle und Katastrophen jederzeit möglich sind. Dahei wäre es fahrlässig die Bettenanzahl zu reduzieren.

Resolution mit Leben erfüllen

Es ist gut, dass die Resolution einstimmig beschlossen wurde. Nun ist es aber wichtig, dass sie nicht nur ein Stück Papier bleibt. Wir haben vorgeschlagen alle Gemeinden aufzufordern diese Resolution zu beschließen und damit den politischen Druck zu erhöhen. Sollte das Land nicht bereit sein die Forderungen zu erfüllen braucht es einen politischen Kampf über alle Parteigrenzen hinweg für den vollständigen Erhalt des LKH-Knittelfeld.

Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser und WahlärztInnen. Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität. Warnendes Beispiel sind die USA. Dort gibt es das teuerste Gesundheitssystem der Welt, das vorwiegend privatisiert ist und vielen Menschen nur eine völlig unzureichende Versorgung bietet.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden gegen Krankheiten hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ermöglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Nachsatz: In vielen Ländern werden die Militärausgaben erhöht. In Deutschland wurde ein 100 Milliarden

Euro Aufrüstungspaket beschlossen. In Österreich wurde ein zehn Milliarden Euro schwerer Rüstungs-Sonderfonds und eine massive Anhebung des Heeresbudget gefordert. Für Dinge die töten sind die Regierungen bereit immer mehr Geld auszugeben. Bei den Gesundheitsausgaben, die dazu dienen Leben zu retten, wurde EU-weit eine Deckelung eingeführt.



2023: Keine Preiserhöhung bei Wasser und Kanal



Der Gemeinderat hat für das kommende Jahr die Aussetzung der jährlichen Preiserhöhung beschlossen. Ein guter Beschluss, dem wir sehr gerne zugestimmt haben.

Bisher wurden die Gebühren jedes Jahr automatisch nach dem Verbraucherpreisindex erhöht. Damit war die

KPÖ nie einverstanden. Wir haben gegen Gebührenordnungen mit dieser automatischen Indexklausel gestimmt. Auch die Arbeiterkammer kritisiert diese Vorgangsweise, auch weil ein automatischer Index oft nichts mit der realen Kostenentwicklung zu tun hat. Auch die soziale Lage findet bei einer automatischen Erhöhung keine Berücksichtigung.

Der Beschluss der Indexaussetzung gilt nur für das Jahr 2023. Wir hoffen, dass dieser einstimmige Beschluss als Anregung gesehen wird die automatische Preiserhöhung in Zukunft zu überdenken.

Hohe Energiekosten bringen Gemeinde unter Druck



Auch für die Gemeinden sind die steigenden Energiekosten ein Problem. Im nächsten Jahr wird mit Mehrausgaben von rund 500.000 Euro gerechnet. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatssitzung Sparmaßnahmen präsentiert.

Zum Beispiel soll die Wassertemperatur im Schwimmbad um ein Grad gesenkt und die Öffnungszeiten verkürzt werden. Die Weihnachtsbeleuchtung soll später und nur in der Innenstadt eingesetzt werden. Beleuchtung im Rathaus soll optimiert werden.

Photovoltaik ausbauen

KPÖ-GR Josef Meszlenyi hat angeregt die Gemeinde soll rasch mit einem Ausbau der Photovoltaik auf gemeindeeigenen Gebäuden beginnen. In Spielberg hat die Gemeinde bereits vor einiger Zeit diesen Weg beschritten. Auch in Knittelfeld gibt es sicher geeignete Flächen, z.B. das Dach der Aufbahrungshalle.

Gut die Hälfte des Preisanstiegs bei Energie resultiert aus Spekulation. Zudem orientiert sich der Strompreis in der EU am Preis aus der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken, während ein Großteil des Stroms in Österreich aus Wasser- und Windkraft gewonnen wird. Dieses System gehört dringend umgestellt.

Energiekonzerne verdienen gerade eine goldene Nase. Preistreiberei und Spekulation sind kein Naturgesetz, sondern wurden durch den Privatisierungs- und Liberalisierungswahn der Regierungen ermöglicht. Diese Fehlentwicklungen können auch wieder rückgängig gemacht werden wenn es genügend Druck gibt.

Aus dem Gemeinderat

Sieger im

Blumenschmuckwettbewerb

Viele Menschen freuen sich über die schöne Blumengestaltung in unserer Stadt. Auch die bunten Blumenwiesen finden viel Anklang.

Knittelfeld wurde heuer wieder Sieger im Blumenschmuckwettbewerb. Vielen Dank an die Beschäftigten der Stadtgärtnerei. Der Gemeinderat hat eine Prämie für die Gärtnereibediensteten beschlossen.

27.000 Euro für Beteiligungsprojekt

Für den Neubau der Lindenallee-schule sollen im Rahmen eines Beteiligungsprozesses die Erwartungen und Wünsche von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen erhoben und dann berücksichtigt werden. Das ist gut so. Die Arbeiten dafür werden von einem privaten Verein ausgeführt und kosten 27.000 Euro. Das ist keine kleine Summe.

KPÖ-GR Sylvia Lammer hat angeregt, dass solche Erhebungen auch durch die öffentliche Hand, z.B. durch das Land, durchgeführt werden könnten. Es ist eine teure Fehlentwicklung, dass immer öfter private Firmen für Leistungen beauftragt werden die auch Bund, Länder und Gemeinden durchführen könnten.

200.000 Euro für Brückenplanung

Der Gemeinderat hat die Planungsarbeiten für den Bau der Verbindungsbrücke zwischen dem Gymnasium und der Kärntnerschule vergeben. Die Kosten nur für die Planung belaufen sich auf 200.000 Euro.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher erklärte, dass sich an Hand dieser Summe die finanziellen Dimensionen des Schulkonzepts erahnen lassen. Daher sei es ganz wesentlich, dass die Gemeinde eine 60-prozentige Förderung durch das Land erhalte, wie es auch die Gemeinden Spielberg und Zeltweg für ihre Schulbauten erhalte haben, und nicht nur 50 Prozent. Alle Fraktionen, besonders die ÖVP, sollten sich im Land dafür einsetzen.



Es braucht hohe Lohnerhöhungen - damit die Menschen nicht zu Bittstellern werden!

Gemeinden, Land und Bund haben einige Maßnahmen gegen die hohe Teuerung gesetzt. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Wesentlich wird sein, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Herbst hoch ausfallen. Die arbeitenden Menschen müssen deutlich mehr im Geldtascherl haben - und natürlich müssen auch die Pensionen entsprechend angehoben werden.

Es muss eine deutliche Prozentsteigerung geben. Die fatale Praxis von Einmalzahlungen ist nur eine kurzfristige Hilfe, und Einmalzahlungen haben vor allem keine Auswirkungen auf die Einkommen der Folgejahre.

Seit Beginn der Achtziger-Jahre sind die Löhne und Gehälter der unselbständig Beschäftigten ständig gesunken. Die Lohnquote, das ist der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen ist kontinuierlich gefallen. Dem gegenüber sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen laufend gestiegen.

In den letzten 20 Jahren ist die Produktivität in Österreich um rund 40 Prozent gestiegen. Die Menschen machen immer mehr an Arbeit und bekommen dafür immer weniger Geld - und die Reichen werden immer reicher.

Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch eigene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt.

Hohe Löhne und Gehälter sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit - es geht auch um die Finanzierung unseres Sozialsystems.

Hohe Einkommen bedeuten auch höhere Einzahlungen in die Pensions- und Sozialversicherungskassen und damit werden auch die Pensionen, das Gesundheitswesen, das Kranken- oder das Arbeitslosengeld besser abgesichert. Deshalb ist es auch völlig falsch die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken. Denn diese sind in Wahrheit Bestandteil der Löhne und Gehälter und tragen ebenfalls zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei.

Es braucht Löhne und Gehälter von denen man gut leben kann ohne ständig um Zuschüsse ansuchen zu müssen. Hier geht es um die Würde der Menschen, die nicht zu Bittstellern degradiert werden dürfen.

Höhere Einkommen bringen mehr an Kaufkraft und beleben damit auch die Wirtschaft. Es geht auch um die Absicherung einer sogenannte „Mittelschicht“, die den Löwenanteil an den Steuerzahlungen trägt. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein die arbeitenden Menschen gut zu vertreten. Die Herbstlohnrunder müssen nicht nur die Inflation abdecken, sondern müssen endlich auch zu realen Einkommenssteigerungen führen meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi

MACH MIT!

Ganz überraschend kam der Erfolg nicht. Elke Kahr ist ein Phänomen, das Schule machen sollte. Ich wäre dafür.

Willi Resetarits
Sänger & Menschenrechtsaktivist

KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld, Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Aus dem Gemeinderat

Jahresabschluss Aura

Im Jahresabschluss 2021 des gemeindeeigenen Bestattungsunternehmens Aura ist ein Verlust von rund 60.000 Euro zu verzeichnen. Dieses Minus ist dem Neustart geschuldet. Im Folgejahr wird mit Gewinnen gerechnet.

Wir haben nachgefragt wie die Tarifgestaltung gegenüber über den privaten Bestattungsunternehmen ist. Die Tarife seien zwischen 5 und 10 Prozent billiger wurde erklärt. Wir meinen es ist wichtig, dass dieser Preisunterschied beibehalten wird. Schließlich soll die Bevölkerung einen Vorteil von einem gemeindeeigenen Betrieb haben.

Generalsanierung Gemeindewohnungen

Die Gemeindewohnungen werden ja nach Bedarf nach einem Mieterwechsel sansiert. Für heuer waren im Budget dafür 300.000 Euro vorgesehen. Da diese Summe nicht ausreicht wurden weiter 150.000 Euro beschlossen. Die Ausgaben sind durch Rücklagen gedeckt.



Trotz Ankündigung: Keine Teuerungsbonus in Knittelfeld

Zu Sommerbeginn gaben SPÖ-NAbg. Max Lercher und die SPÖ-BürgermeisterInnen Lydia Künstner-Stöckl (Teufenbach-Katsch), Manfred Lenger (Spielberg), Gernot Esser (Pöls) und Harald Bergmann (Knittelfeld) eine Pressekonferenz. Dort wurde angekündigt, dass es in allen elf von der SPÖ geführten Gemeinden im Murtal/Murau ab Herbst einen Gutschein im Wert von mindestens 100 Euro als Teuerungsausgleich geben werde.

Die 100 Euro seien das Mindestmaß - in einigen Gemeinden soll es sogar mehr geben. Anspruchsberechtigt sollen die BezieherInnen von Heizkostenzuschüssen oder Wohnunterstützung sein. Die 100 Euro sollen in Form eines Gutscheins, der im örtlichen Handel eingelöst werden kann, ausgeben werden. Ab Herbst sollen die Gutscheine zur Verfügung stehen und sowohl die Menschen als auch den Handel unterstützen.

Über dieses Vorhaben wurde in den Medien, in der SPÖ-Bezirkszeitung und auf Facebook berichtet. Auf der Facebookseite von Max Lercher ist zu lesen: „Ich bin stolz auf die elf SPÖ-Gemeinden in Murau und Murtal, die einen freiwilligen Teuerungsbonus beschlossen haben“.

Nachdem in der letzten Knittelfelder Gemeinderatssitzung Ende September der 100 Euro Teuerungsbonus nicht auf der Tagesordnung zu finden war, frag-

te KPÖ-GR Josef Meszlenyi nach, ob dieser in der Dezember-Sitzung beschlossen werde. Der Bürgermeister erklärte, es werde in Knittelfeld keinen 100-Euro Gutschein geben, die Gemeinde habe andere Maßnahmen gesetzt.

Wir waren über diese Aussage sehr verwundert. Es stimmt, dass die Gemeinde einige Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung gesetzt hat. Aber in einer Pressekonferenz einen Teuerungsbonus anzukündigen und medial für dieses Vorhaben Werbung zu machen - und es dann nicht umzusetzen ist eine sehr eigenartige Vorgangsweise.

Aus dem Gemeinderat

Neue Friedhofsgebührenverordnung

Der Gemeinderat hat neue Friedhofsgebühren beschlossen. Nachdem in dieser Verordnung eine jährliche automatische Preissteigerung nach dem Verbraucherpreisindex enthalten ist, hat die KPÖ als einzige Fraktion dieser Verordnung nicht zugestimmt.

Obermaierhube

Die Obermaierhube, die früher auch von den Knittelfelder Bürgermeistern genutzt wurde, wird generalsaniert. Die Kosten dafür werden sich auf rund 111.000 Euro belaufen. Ein neuer Pächter wird gesucht. Wir haben angeregt die Verpachtung öffentlich auszuschreiben. Das wird gemacht. Die monatliche Miete wird laut Bürgermeister zwischen 1.000 und 1.200 Euro betragen. Damit ist der Kreis jener, die sich das leisten können wohl sehr beschränkt.



**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 84, 8720 Knittelfeld

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Lärmhölle Murtal

Die Lärmbelastung in unserer Region ist enorm. In den vergangenen Wochen und Monaten hatten wir unter Renn- und Fluglärm und der Airpower zu leiden. Diesen Brief hat der Spielberger KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding zusammen mit einigen Murtaler BürgerInnen an ÖVP-Verteidigungsministerin Claudia Tanner geschickt.

Spielberg, am 11.7.2022

Sehr geehrte Frau Mag. Tanner!

Derzeit müssen wir beinahe täglich die Trainingsflüge zur AirPower 2022 über uns ergehen lassen! Trotz mehrfacher Beschwerden über die extrem lauten Übungsflüge, teils über Wohngebieten, wurde bisher von Seiten des Bundesheeres nicht darauf reagiert. Mit einem geeichten Schallmessgerät wurden Maximalpegel von über 118 dB und Spitzenpegel von 129 dB gemessen.

Für Kleinkinder, gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, akut Kranke oder Personen, die Nachtschicht verrichten und sich tagsüber erholen müssen, ist diese Belastung ein Anschlag auf ihre Gesundheit und eine unhaltbare Zumutung für alle. Ganz speziell Kleinkinder könnten gesundheitliche Schäden bei diesen Überflügen nehmen, ohne dass diese sofort feststellbar werden! Aber auch Tiere leiden, wie Meldungen in der Presse zu lesen waren, besonders!

Deshalb appellieren wir an Sie, als Verteidigungsministerin und auch Vertreterin der Bevölkerung, im Interesse aller Betroffenen, diese Übungsflüge über unbewohntem Gebiet durchführen zu lassen. Sind doch der tägliche Fluglärm und der Lärm durch die Veranstaltungen von RedBull bereits eine unzumutbare Belastung in der ganzen Region.

Hochachtungsvoll

Erich Wilding im Namen der belasteten
BürgerInnen unserer Region

Die Ministerin hat dieses Schreiben ignoriert und nicht geantwortet. So sieht die so oft beschworene Bürgernähe aus. Die Lärmbelastung und die Gesundheit der Bevölkerung unserer Region sind der zuständigen Ministerin offensichtlich egal.

Nachtragsvoranschlag zeigt: Gemeinden brauchen Hilfspaket

Die Krise und die Inflation machen sich in den Budgets der Gemeinden bemerkbar. Insbesondere steigende Energiekosten führen dazu, dass der Schuldenstand der Gemeinde steigt.

Alleine die Stromkosten steigen ab Oktober um 107%, was sich mit 86.500 Euro im Budget auswirkt. Die Ausgaben für die Fernwärme steigen um 131.000 Euro. Im kommenden Jahr wird es zu weiteren empfindlichen Erhöhungen kommen. Die Stadtgemeinde sollte alle Möglichkeiten nutzen um von den Entwicklungen an der Börse zumindest teilweise unabhängiger zu werden und alle möglichen Flächen für Photovoltaik zu nutzen, die KPÖ hat in der Vergangenheit bereits engagiert das Krematorium mit PV-Anlagen auszustatten.

Die finanziellen Aussichten für die nächsten Jahre sind alles andere als rosig. Die Aufgaben der Gemeinden werden nicht weniger und darüber hinaus ist ihre Handlungsfähigkeit schon jetzt eingeschränkt. Steigende Preise, nicht nur bei der Energie, sowie erhöhte Zinssätze werden das noch verschlechtern.

Dabei muss gerade in der Krise die Gemeinde die Möglichkeit haben zu investieren, dafür braucht es ein nachhaltiges Hilfspaket.

Während die Wirtschaft immer lauter nach einem Hilfspaket ruft, ist von den Gemeinden viel zu wenig zu hören. In der letzten Sitzung wurde eine Resolution an die Bundesregierung beschlossen, die einen Energiepreisdeckel für die Gemeinden fordert.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Gemeinden müssen aber in die Offensive gehen und ausreichend Mittel für ihre Aufgaben fordern. Diese dürfen aber nicht aus dem bestehenden Steuertopf kommen und somit die BürgerInnen weiter belasten. Es braucht Steuern auf die Übergewinne die durch die Krise entstanden sind, sowie Steuern auf Millionenerbschaften und Milliardenvermögen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

08.11.2022

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Für ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik!

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der von der KPÖ in aller Deutlichkeit verurteilt wird, wurde von den USA und der EU mit umfangreichen „Sanktionen“ beantwortet. Auch Österreich beteiligt sich daran.

Russland solle laut der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock „ruiniert“ werden. In den Medien liest man von einem Wirtschaftskrieg. Das Bestreben, Russland zu ruinieren führt jedoch zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa und weltweit: Inflation, Lieferkettenunterbrechungen, beschleunigte Verbreitung von Armut, Exportstopps. Die Kosten dafür tragen die Bevölkerungen aller Länder.



Sanktionen beenden den Krieg nicht Was den Krieg in der Ukraine betrifft, sind die Sanktionen wirkungslos geblieben. Allerdings haben sich die Preise in Europa, vor allem für Energie und Treibstoff, drastisch erhöht. Gewinner dabei sind die Energiekonzerne, die ihre Profite vervielfachen, während für Millionen Haushalte Heizen zum Luxus werden könnte.

Profitiert wird auch in Ländern wie den USA und den Golfstaaten, zu denen die europäischen Regierungen als Bittsteller kommen, um teures Gas zu kaufen, dass durch die Gewinnung über Fracking bzw. den Transport mit Tankschiffen einen deutlichen größeren Klimafußabdruck hat.



Klimaschutz ist kein Thema mehr

Aber das Klima wird in diesem „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland ebenso vergessen, wie die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung: Auch Kohlekraftwerke sollen die Gasausfälle ersetzen.

Währenddessen hat Russland andere Absatzmärkte für seine Produkte gefunden. Länder wie Indien China und die Türkei kaufen günstig russisches Öl und Gas. Damit werden wiederum Produkte produziert, die teuer nach Europa verkauft werden können, wie etwa indischer Diesel. Russland verdient außerdem, durch die von den Sanktionen mitverursachten Preiserhöhungen, deutlich mehr mit seinen Rohstoffen als vor dem Krieg.

Hungerkatastrophen drohen

Durch die Sanktionen gegen Russland steigen die Preise für Lebensmittel an den Börsen, während in weiten Teilen der Welt eine Hungerkatastrophe droht und zugleich in Europa die Geldbörsen der Menschen immer leerer werden.



Die Menschen zahlen den Preis für einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, der offensichtlich kein Weg zum Frieden ist. Weil Russland „ruiniert“ werden muss, wie es offizielle Stellen verkünden, werden den Menschen mitunter zweifelhafte Tipps zum Sparen gegeben. Mit welchem Ergebnis? Dass Konzerne und Spekulanten ihre Gewinne erhöhen, während der Krieg unvermindert weitergeht.

Das neutrale Österreich hätte sich überhaupt nicht an Wirtschaftskriegen zu beteiligen, sondern sich endlich für diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges einzusetzen, davon hat man allerdings schon lange nichts mehr gehört.



In Österreich braucht es Maßnahmen gegen die Teuerung, dazu gehört ein Preisdeckel für Energie und Treibstoff, die Verstaatlichung der Energiekonzerne, die Abschöpfung der Übergewinne durch den Staat, höhere Löhne, **aber auch ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik.**

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Friedensstraße 10,
ab 18.00 Uhr

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Pflegepetition!



**Geht's der Pflege gut,
geht's uns allen gut!**

**Wir fordern von der
steirischen Landesregierung
Maßnahmen gegen
die Pflegekrise.**

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld oder in unserem Büro vorbeibringen, oder in den Postkasten werfen. Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Tel.: 03512/82240